

## Nepal lahmgelegt

**Blockade von Importen aus Indien und Massenproteste der Madhesi im Süden sorgen im Himalajastaat für eine neue Krise**



*Navesh Chitrakar/Reuters*

Tausende Schüler haben Ende November in Nepal gegen eine Grenzblockade und eine damit verbundene Benzin- und Kochgas-Knappheit demonstriert. Hinter dem Stop von Importen aus dem Nachbarland Indien steckt ein politischer Streit um Nepals Verfassung, die im September verabschiedet wurde. Die ethnische Minderheit der Madhesi fordert mehr Mitspracherechte. Mittlerweile hat der staatliche Importmonopolist Nepal Oil Corporation (NOC) damit begonnen, im Großraum Kathmandus wieder etwas Treibstoff zu liefern. Eigentümer von Motorrädern in der nepalesischen Hauptstadt können sich an vier Terminen seit dem gestrigen Dienstag, je nach Registrierungsnummer, vier Liter abholen. Für Pkws sollen die Daten in der kommenden Woche bekanntgegeben werden. Insgesamt bleibt die Situation durch die Blockade an der indisch-nepalesischen Grenze, die nun schon

seit Ende September anhält, aber schwierig. Die Bevölkerung leidet unter den Engpässen bei verschiedensten Produkten.

»Alles ist teurer geworden«, klagt Sharmila Nepali, eine junge Frau aus Budhanilkantha, einem Vorort der Metropole. Zwar hatte ihre Familie Glück, weil bei dem schweren Erdbeben im April mit fast 9.000 Todesopfern niemand ernsthafte Verletzungen davontrug. Das Haus ist aber stark beschädigt: Für Reparaturen fehlt wie für so vieles andere das Geld. Sharmila ist arbeitslos, ihre Eltern, mit denen sie zusammenlebt, sind schon betagt, der Vater ist neuerdings auch krank. Die nun stetig steigenden Lebensmittelkosten sind angesichts der Zusatzbelastung durch teure Medikamente noch schwerer zu ertragen. »Manchmal gehen wir hungrig schlafen«, so Sharmila.

Um durchschnittlich 80 Prozent sind die Preise für Lebensmittel durch die Grenzblockade inzwischen gestiegen. Im Einzelfall muss sogar das Drei- bis Vierfache gezahlt werden. Schon seit Wochen warnen zudem Ärzte und diverse Organisationen vor gravierenden Problemen in den Krankenhäusern, wenn Lieferungen von Arznei- und medizinischen Hilfsmitteln nicht bald wieder erfolgen. 60 Prozent der Medikamente sind Importe. Das Shahid Gangalal National Heart Centre, eine renommierte Herzklinik, hat wegen Versorgungslücken seit Mitte November Operationen auf unbestimmte Zeit verschieben müssen. Vielen anderen Krankenhäusern geht es ähnlich. Selbst die Weltgesundheitsorganisation (WHO) äußerte bereits Besorgnis. Zudem wirkt sich die rapide Treibstoffverknappung auf den Transport von Hilfsgütern aus, für den Betrieb von Notstromgeneratoren fehlt Diesel.

Nepal ist ein Binnenland, der Weg per Straße über die indische Grenze im Grunde die einzige Möglichkeit, die Hauptstadtregion mit Benzin, Diesel sowie jeder Menge anderer Waren zu versorgen. Insgesamt kommen 70 Prozent der Importe von dort, bei Treibstoff gibt es so gut wie keine Alternative. Hat sich in Kathmandu und im Umland nach den Zerstörungen durch das Erdbeben die Lage erst ansatzweise normalisiert, spitzen sich die Probleme nun wieder zu.

Seit Ende August waren die Proteste der Madhesis zunehmend eskaliert. Die Bevölkerungsgruppe, die im Tieflandstreifen des Terai dominiert und seit alters kulturell wie familiär über enge Verbindungen ins Nachbarland verfügt, fühlt sich gewissermaßen kollektiv als Verlierer der Neuordnung Nepals. Jahrelang hatten die Menschen im Süden gemeinsam mit ihren Landsleuten aus den Gebirgsregionen

erst gegen die autoritären Auswüchse der Monarchie, dann für eine demokratisch-föderale Umstrukturierung des vorherigen Zentralstaats gestritten. Das zuletzt mit der bestätigten Verfassung verabschiedete Modell von sieben Bundesstaaten machte ihre Hoffnungen zunichte, künftig als bevölkerungsstarker Landesteil auch politisch stärker eine Rolle zu spielen. Die Madhesis, eine von 70 ethnisch-kulturellen Gruppen landesweit, stellen 30 Prozent aller Einwohner Nepals, sie sind in Regierung und Verwaltung aber nur marginal repräsentiert. Die geplante Grenzziehung der neuen Bundesstaaten benachteiligt sie erneut.

Die alten Parteien, zuletzt einschließlich der Maoisten, haben im Tiefland spürbar an Rückhalt verloren. Umgekehrt ist der Einfluss der Madhesi-Parteien deutlich gewachsen. Sie legen den Süden auch durch einen umfassenden Streik lahm. Bei einem Besuch in Delhi am Wochenende, wo sie Außenministerin Sushma Swaraj zu Gesprächen trafen, haben sich die Spitzenvertreter des Madhesi-Bündnisses einmal mehr indische Rückendeckung geholt. Seitens der übrigen nepalesischen Parteien steht der Vorwurf im Raum, Indien heize unter der Regierung von Premierminister Narendra Modi von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) den Konflikt eher noch weiter an. Konkret, indem die Madhesi-Proteste unterstützt würden und eine Rückkehr des Nachbarn zur Monarchie bzw. die Streichung des Passus »säkulare Republik« aus der Verfassung angestrebt werde. Diese Unterstellung wies Sushma Swaraj bereits beim UN-Gipfel Ende September gegenüber ihrem nepalesischen Amtskollegen offiziell zurück. Indien bestreitet zudem, selbst für die Grenzblockade verantwortlich zu sein. Diese liegt aus offizieller Sicht Neu-Delhis in der angespannten Sicherheitslage der Terai-Region begründet.

In der Hauptstadt Kathmandu jedenfalls scheinen die Fronten verhärtet. Jeder Dialogversuch der vergangenen Wochen zwischen der politischen Mehrheit aus den marxistischen Parteien UML und UCPN-M sowie dem sozialliberalen Nepali Congress (NC) und der Madhesi-Front ist bisher gescheitert. »Wir werden uns Erpressungsversuchen Indiens nicht beugen«, sagte Informationsminister Sher Dhan Rai am vergangenen Freitag. Er äußerte aber zugleich die Erwartung, dass die Blockade in einer Woche beendet sei. Einen Tag später gab Sozialminister und Vizepremier Chandra Prakash Mainali ein ähnliches Statement ab. Woher beide ihre konkrete Hoffnung auf eine baldige Einigung nehmen, ist schleierhaft. Denn die Madhesi-Parteien tauchten zu einer Verhandlungsrunde am Freitag erst gar nicht auf, ein Treffen am Sonnabend unter Vorsitz von Premier Khadga Prasad Sharma Oli (UML) blieb erneut ergebnislos. Die Madhesi-Führer wiesen den Vorschlag zurück,

die Blockade einzustellen und ihren Forderungskatalog in weiteren Gesprächen stückweise abzuarbeiten.

## **Von der Monarchie zur Republik**

Den nepalesischen Nationalstaat gibt es seit 1768, als der damalige Herrscher des kleinen Fürstentums Gorkha schrittweise die anderen Minimonarchien unterwarf. In der Folge mussten die Nepali im anglo-nepalesischen Krieg 1814 bis 1816 zwar gewisse Gebietsverluste hinnehmen, sie konnten gegen die Ausdehnung der britischen Kolonialherrschaft über Indien hinaus bestehen und ihre formelle Unabhängigkeit verteidigen. Mehr als ein Jahrhundert dominierten fortan zwei Clans die politischen Geschicke des Landes: In den frühen 1950er Jahren hielten zugleich auf Druck einer breiten Volkserhebung erste demokratische Reformen Einzug. Einer Phase von autoritär-monarchistischer Herrschaft mit Parteienverbot folgte ab 1990 der zweite Versuch einer demokratischen Revolution. Der zehnjährige Untergrundkampf der Maoisten 1996 bis 2006, das mysteriöse Massaker von Kronprinz Dipendra an fast seiner ganzen Familie im Königspalast 2001 und die diktatorischen Allüren seines auf den Thron gelangten Onkels Gyanendra mündeten 2008 in der vollständigen Abschaffung der Monarchie.

Nach der Einführung der Republik als Staatsform dauerte die Neuordnung des 28 Millionen Einwohner zählenden Landes allerdings weitere sieben Jahre: Immer wieder stockte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, weil sich die vier wichtigsten politischen Gruppierungen abermals nicht einigen konnten. Dies sind der sozialliberale Nepali Congress (NC), die älteste Partei des Landes, die Kommunistische Partei/Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN-UML) und die Vereinte Kommunistische Partei Nepals/Maoistisch (UCPN-M), die beiden größten Überbleibsel der über die Jahre stark zersplitterten KP, sowie schließlich die Madhesi-Front. Seit 2008 hat jeder dieser vier Parteien schon einmal mit jeder anderen zusammen regiert – Allianzen bildeten sich immer wieder neu. Mitte September nun konnte die neue Verfassung endlich verabschiedet werden: NC, CPN-UML und UCPN-M hatten sich doch noch geeinigt. Außen vor blieben die Madhesi-Parteien, die sich vor allem mit Zahl und Zuschnitt der neuen Bundesstaaten nicht anfreunden können